Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Ich persönlich plädiere für ein schmales, schlankes Verbotsgesetz, das nur die Haltung der sehr gefährlichen Tiere regelt.

Darüber hinaus wird zu diskutieren sein, wie wir mit dem Import solcher Tiere umgehen und ob wir eine Bundesratsinitiative anstoßen wollen. Denn es ist auch nicht schön, zu sehen, was alles per Post in unserem Land ankommt. Wenn ein schöner Skorpion oder eine Kobra per DHL-Paket geschickt werden, finde ich das nicht witzig.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Genau!)

Wenn ich das dann eventuell noch für meinen Nachbarn annehme – nein, danke.

Wir werden ein vernünftiges Gesetz vorlegen und im Ausschuss diskutieren. Darauf freue ich mich. – Danke für das Zuhören.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat für die verbleibende Redezeit Herr Kollege Rüße jetzt das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, wenn Sie dann die Nashörner und Elefanten herausstreichen und ansonsten alles so belassen wollen, sind wir ja ungefähr auf einer Linie.

Ich weiß nicht, wie Sie ein schlankes Gesetz machen wollen, wenn Sie gleichzeitig sagen: Wir wollen die Anzeigepflicht.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, nein!)

Wir wollen, dass die Kommunen doch kontrollieren. Wir wollen den Nachweis über eine Haftpflichtversicherung. Wir wollen den Nachweis der Zuverlässigkeit. – In Wirklichkeit bleiben Sie bei genau den Punkten, die in unserem Gesetzentwurf stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das macht auch Sinn; denn im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Diekhoff, gesagt haben, ist dieser Gesetzentwurf aus einem langen Prozess entstanden. Im Jahr 2011 gab es in Metelen eine Zusammenkunft von Experten. Daraus ist dieser Gesetzentwurf letztendlich entstanden. Er wurde von Fachleuten erarbeitet. Es wäre sehr sinnvoll, diesen Gesetzestext zu nutzen und umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Gesetzentwurf** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/7367**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfes an den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** – federführend – und an den **Innenausschuss** zur Mitberatung. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Dann haben wir so überwiesen.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, dieses Mal über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 17/7375**. Die antragstellenden Fraktionen haben eine direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des eben genannten Antrages zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie die SPD-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Neppé. Gibt es Gegenstimmen? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dagegen. Enthaltungen? – Sind demzufolge bei der AfD-Fraktion. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/7375** von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zu:

3 Zukunft des Flughafens Düsseldorf und Lärmschutz für die Anwohner in Einklang bringen – Mobilitätsbedürfnisse der Bürger dauerhaft sichern – Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ermöglichen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7363

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Vogel das Wort.

Nic Peter Vogel (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fliegen war schon immer der Menschheitstraum. Pioniere wie Leonardo da Vinci, Abbas ibn Firnas, Otto Lilienthal oder die Brüder Wright haben dazu beigetragen, dass dieser Menschheitstraum in Erfüllung gehen konnte. Wir fliegen – was für ein Luxus.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich sicher fragen, warum wir gerade in Zeiten von „Fridays for Future“, Greta und Flugscham einen Antrag zur Eröffnung des Düsseldorfer Flughafens ins Parlament einbringen. Die Leute wollen fliegen, und die

Leute fliegen, genauso wie Ihre Wähler, liebe Grünen, und auch die Grünen selber. Wie ist es noch? Die Bundestagsabgeordneten der Grünen fliegen am meisten, zwar mit einem unglaublich schlechten Gewissen – das wird ja auch komprimiert, und auf die Currywurst wird nachher verzichtet –, aber es wird geflogen.

Die Flugbuchungen sind auf einem Rekordhoch. Die Menschen wollen fliegen. Sie wollen entfernte Verwandte oder Freunde in anderen Ländern wiedersehen, sie wollen Geschäftsbeziehungen pflegen, sie wollen in den wohlverdienten Urlaub, aber vor allen Dingen wollen sie andere Länder und andere Kulturen kennenlernen. Diese Neugier ist doch in unserer DNA, das ist sozusagen die Condition Humaine.

Wie aber kann der Flughafen Düsseldorf dazu beitragen, die vielen Bedürfnisse unter einen Hut zu bekommen? Die alte Betriebsgenehmigung und der Angerlandvergleich sind dermaßen in die Jahre gekommen, dass der Flughafen selbst und auch die IHKs seit vielen Jahren darauf drängen, den Flughafen endlich zu ertüchtigen.

Wir haben die technischen Möglichkeiten, in unserem Fall namentlich Slotzuweisungen an acht Stunden tagsüber. Wir haben die Möglichkeit – das wollen die Anwohner am meisten –, die Nachtflüge, die Verspätungen in den Griff zu bekommen. Wenn wir größere Zeitfenster haben und Ersatzmaschinen zur Verfügung stehen, dann können wir Verspätungen, die sich teilweise von mittags in den Nachmittag und bis in die Abendstunden schieben, vermeiden.

Gleichzeitig haben wir die Möglichkeit, unglaublich viele neue Arbeitsplätze mit einer unglaublichen Wertschöpfung zu schaffen. Davon profitieren das Land selber und auch die Stadt Düsseldorf.

Es macht ökologisch überhaupt keinen Sinn, hier beispielsweise Flüge nach Hongkong oder Shanghai nicht mehr anzubieten. Wenn ich geschäftlich nach China muss, dann macht es ökologisch gar keinen Sinn, über Amsterdam oder Frankfurt zu fliegen. Wir haben hier die Möglichkeit.

Zu den Bedürfnissen der Anwohner: Meine Familie kommt aus Ratingen-Lintorf, wohnt also direkt unter einer Einflugschneise. Wenn ich im Sommer zu Besuch bin und im Garten sitze, dann bekomme ich den ersten Flieger noch mit, da schaue ich eventuell nach oben. Den zweiten Flieger registriere ich, und den dritten oder vierten bekomme ich gar nicht mehr mit.

Ich habe mich mit sehr vielen Anwohnern unterhalten, die unter anderen Einflugschneisen leben, und der Konsens ist derselbe: Tagsüber können wir das ausblenden. Aber es wird kritisch, wenn die Flieger spätabends oder sogar in den Nachtstunden landen, vor allen Dingen wenn man Kinder hat. Da hört der Spaß auf. – Das ist ja auch wirklich nachvollziehbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Flughafen selbst möchte, wenn er weiter ertüchtigt wird, 20 Millionen Euro zusätzlich in den Lärmschutz stecken. Da ist auch noch Luft nach oben. Wenn gleich vielleicht das Argument kommen wird: „Die Verspätungszuschläge sind viel zu gering“, rechnen Sie die mal hoch. Da kommen Sie auf ein erkleckliches Sümmchen.

Vielleicht müssen wir ja nicht sofort den Hamburger Weg einschlagen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch!)

– Vielleicht. Herr Klocke, wir können das Ganze auch gerne im Ausschuss noch besprechen. Sie haben ja die Möglichkeit, Entschließungsanträge zu stellen. Wir würden uns sehr über eine konstruktive Auseinandersetzung freuen.

Die wirtschaftlichen Zusammenhänge darf Ihnen gleich mein Kollege Herr Strotebeck noch näher erläutern. – Für jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Lehne jetzt das Wort.

Olaf Lehne (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten, lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der AfD macht mich wieder fassungslos. Öffentlichkeitswirksame Themen und öffentlich zugängliche Informationen des Flughafens Düsseldorf ausschließlich für Ihren völkischen, autoritären Populismus zu benutzen, ist die eine Sache,

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

die Homepage des Flughafens Düsseldorf beinahe komplett Wort für Wort abzuschreiben, die andere. Da hilft es auch nicht, wenn Sie unendlich viele Zitate aufführen.

Die Bürger und Abgeordneten dieses Landes wissen um die Bedeutung des Flughafens Düsseldorf für Nordrhein-Westfalen und die Landeshauptstadt. Der Flughafen Düsseldorf ist einer der größten Jobmotoren unseres Landes. Er ist die größte Arbeitsstätte Düsseldorfs. Am Flughafenstandort arbeiten rund 21.600 Personen.

24.284.745 Fluggäste sind im Jahr 2018 von Düsseldorf aus zu Zielen in alle Welt gestartet. Somit ist der Flughafen Düsseldorf Nordrhein-Westfalens Tor zur Welt und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor nicht nur für Düsseldorf und unser Land, sondern auch für die Bundesrepublik. Dies alles haben wir auch ohne Ihren Antrag bereits gewusst.

Ihr Antrag ist wieder einmal schlichtweg überflüssig. Bereits auf die Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Vogel vom 7. Juni 2018 hat die Landesregierung in ihrer Antwort vom 16. Juli 2018 deutlich gemacht, dass der Zeitpunkt für eine Entscheidung in dem Verfahren „Kapazitätserweiterung“ noch nicht absehbar ist.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ja, schade!)

Die Unterlagen werden derzeit vom Ministerium geprüft. Bei Planfeststellungsverfahren von vergleichbarem Umfang ist in der Regel mit einer Bearbeitungszeit von nicht unter fünf Jahren zu rechnen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Aha!)

Im April 2016 hat die Flughafen Düsseldorf GmbH einen vollständigen Antrag auf Planfeststellung gestellt. Dies ist Ihnen bekannt.

Im Erläuterungsband zum Haushaltsplan 2020 des Verkehrsministeriums wird erläutert, dass die Sachprüfung durch das Ministerium zurzeit erfolgt und gegebenenfalls die Einschaltung von Drittgutachtern erforderlich wird. Auch dies müsste Ihnen bekannt sein.

Im Geschäftsbericht 2018 des Flughafens Düsseldorf heißt es:

„Im Wirtschaftsplan ist die Erteilung einer erweiterten Betriebsgenehmigung mit ersten verkehrlichen Auswirkungen ab Sommerflugplan 2023 unterstellt. Es besteht die Chance, dass das Verkehrsministerium den Planfeststellungsbeschluss früher erteilt und erste positive Effekte daraus in 2021 erzielt werden.“

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das wäre allerdings gut!)

Der Flughafen weiß um die Dauer eines solchen Verfahrens und benötigt als ein Ort der Weltoffenheit und Toleranz ganz sicher nicht die AfD als scheinbaren Verfechter seiner Interessen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ach Gottchen!)

18 Millionen Menschen leben im Umkreis von 100 km um den Flughafen Düsseldorf. Da bedarf es schon sorgfältiger Planungen und eines genauen Abwägungsprozesses der Interessen der Anwohner, der Bürger in Nordrhein-Westfalen im Übrigen und des Flughafens.

Als direkt gewählter Abgeordneter vor Ort ist mir dies besonders wichtig. Es ist mir schon klar, dass Sie diese sorgfältige Prüfung mit Ihrer plakativen, nicht fundierten „Immer-treffsicher-unter-die-Gürtellinie-Schnellschusspolitik“

(Nic Peter Vogel [AfD]: Unter dem Gürtel, Herr Lehne? Haben Sie eine Fantasie!)

nicht verstehen wollen oder auch nicht können. Ihre Forderungen an die Landesregierung sind zu einem großen Teil völlig überflüssig, da selbstverständlich und teilweise sogar realitätsfern.

So kann das Land nicht alles regeln, es kann nur einige Vorgaben bei der Betriebsführung machen. Auch können Landeentgelte nicht willkürlich vom Land festgelegt werden, wie Sie es fordern. Dies ist nach § 19b des Luftfahrtgesetzes dem Flughafenbetreiber zu überlassen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das kann man ändern!)

Das alles müssten Sie wissen. Bei genauerer Betrachtung zerplatzen Ihre Wortblasen und leeren Versprechungen einfach so.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Ihre Forderungen gehen teilweise auch erheblich zu Lasten der Bürger vor Ort. Die Ausführungen, die Sie gerade getätigt haben, als Sie behaupteten, dass Sie in unmittelbarer Nähe wohnen, zeigen nur deutlich, dass Sie die Interessen der Bürger anscheinend mit Füßen treten. Ansonsten würden Sie den Angerlandvergleich nicht angreifen; denn dieser ist für uns unantastbar. Er schützt die Anwohner.

Es wird die Bevölkerung im Düsseldorfer Norden sehr interessieren, dass Sie sich von Zusicherungen verabschieden und den Angerlandvergleich kündigen oder sogar aufheben wollen. Londoner Verhältnisse in Düsseldorf wollen wir nicht. Die Erweiterung des Zweibahnbetriebes wird objektiv geprüft.

Geht es um fundierte Recherche und Vorschläge auf drängende Fragen, Meinungsfreiheit und Transparenz, sind Sie leider nicht weit vorn. Wenn Vertreter Ihrer Partei Interviews abbrechen, weil ihnen der Inhalt nicht passt, den sie selbst erklärt haben,

(Zurufe von der AfD)

weil sie das Falsche erklärt haben, und dann den Pressevertretern offen drohen, zeigt sich die Denke Ihrer Partei.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Zudem wird die Gruppierung „Der Flügel“ innerhalb Ihrer Partei als rechtsextremer Verdachtsfall

(Markus Wagner [AfD]: Machen Sie sich nicht lächerlich, mein Freund! – Weitere Zurufe von der AfD)

durch den Verfassungsschutz eingestuft. Dies zu verharmlosen, wie Sie es jetzt gerade wieder tun und wie es auch Herr Wagner in der „WeLT“ getan hat,

(Markus Wagner [AfD]: Selbst nichts auf der Pfanne und dann mit solchen Sachen kommen!)

der sich dann noch Franz Josef Strauß ins Zimmer hängt, liegt völlig neben der Sache, muss ich ehrlich sagen. Er müsste sich eigentlich im Grabe wälzen, was mir sehr leidtäte.

(Markus Wagner [AfD]: Sie haben nichts auf der Pfanne! Peinlich, was Sie da vorn abliefern!)

Die AfD hat nichts mit konservativer Demokratie zu tun, sondern sie steht und bleibt leider rechts außen. Dies zeigt Ihr Auftritt

(Markus Wagner [AfD]: Bingo!)

mit den angeblichen Bergleuten. Ähnliche Auftritte gab es auch am Ende der Weimarer Republik – leider.

Der Überweisung werden wir zustimmen; den Antrag werden wir im Ausschuss aber ablehnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Löcker.

Carsten Löcker¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin, herzlichen Dank für die Worterteilung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede vorab in Richtung AfD sagen: Der Antrag ist von der Art und der Güte her zumindest ein Hinweis darauf, dass Ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter die Fakten, was die Sachverhalte angeht, ganz ordentlich recherchiert haben. Das kann man schon sagen.

(Zurufe von der AfD: Danke schön!)

Sie verweisen in Ihrem Antrag zu Recht auf die Bedeutung des Flugverkehrs in Düsseldorf und wie stark dieser frequentiert ist. Auch die Zahlen beschreiben Sie recht gut.

Aber nun zum Thema. Mit Ihrem Antrag fordern Sie, dem Flughafen Düsseldorf sollten in den Abend- und Nachtstunden mehr Start- und Landemöglichkeiten zugestanden werden. Auch die beiden Landebahnen sollten abwechselnd genutzt werden; das ist das sogenannte Runway-Alternation-Verfahren.

Schauen wir uns den Antrag einmal genauer an. Ich zitiere – Frau Präsidentin, mit Ihrer Genehmigung – von der Seite 6. Dort schreiben Sie:

„Das Bedürfnis nach Ruhe ist für alle Menschen ein hohes Gut. Die Sicherstellung der Nachtruhe hat hierbei höchste Priorität.“

(Nic Peter Vogel [AfD]: Richtig!)

Das heißt, Sie beschreiben gleich im ersten Satz die Konfliktlinien. Einerseits fordern Sie mehr Flugverkehr, auch in den Nachtstunden,

(Nic Peter Vogel [AfD]: Nein, nicht in den Nachtstunden!)

andererseits stellen Sie die Sorge der Bürgerinnen und Bürger dar. Das kann man machen, aber ich kann dem ehrlich gesagt nur schlecht folgen. Da fragt man sich wirklich: Welche Forderungen stellen Sie da zusammen? Schließlich ist der Konflikt seit Langem bekannt.

Sie fordern gleichzeitig – und das ist dann Ihr Angebot in der Sache – mehr Investitionen in den Lärmschutz, obwohl doch mehr Flugverkehr zu mehr Lärmimmissionen führt. Das ist so, und das kann man auch nicht irgendwie infrage stellen. Stärkere Belastungen für die Menschen vor Ort sind dann auf jeden Fall die Folge.

Sie werden – das muss man deutlich sagen – auch mit noch so vielen Investitionen die Menschen in den Flugschneisen – und das ist die wesentliche Lärmquelle – vor Lärmbelästigung kaum schützen können, denn Fluglärm ist diffus und trifft größtenteils von oben auf die Immissionsstandorte. Unabhängig davon, was am Flughafen passiert, liegt das größte Problem sozusagen in der Luft, also wo die Flugbewegungen stattfinden.

Passive Schallschutzmaßnahmen in allen Ehren; die brauchen wir auch auf dem Boden, das ist klar. Ich denke, Düsseldorf ist auch relativ fortschrittlich, was die entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen auf dem Boden angeht.

Aber hier öffentlich den Eindruck zu erwecken, man könnte auch in der Luft zu Lärminderungen kommen, wenn man weitere Nutzungen mit mehr Flugbewegungen auf dem Flughafen zulassen würde, ist ziemlich abenteuerlich. Das will ich ausdrücklich sagen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Am lautesten sind die Starts!)

Auch die Leute in Duisburg und Ratingen werden Ihnen bescheinigen, dass der größte Lärm aus der Luft kommt. Daran können Sie auch mit Maßnahmen am Boden nichts ändern.

Das ist ziemlich viel Kosmetik, um den Teil zu beschreiben – das möchte ich ausdrücklich sagen –, und das bereitet auch Probleme mit denjenigen, mit denen Sie kommunizieren wollen. Das kriegen Sie nämlich nicht zusammen, weil es widersprüchlich ist, und die Probleme sollten Sie zumindest in einem ordentlichen Antrag, den Sie hier mit guten Absichten einbringen, auch beschreiben. Das haben Sie in der Form, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, nicht gemacht.

Kommen wir zu dem nächsten Widerspruch in Ihrem Antrag. Auf der letzten Seite fordern Sie die Landesregierung auf, die Betriebsgenehmigung des Flughafens Düsseldorf zu prüfen, „die unter Beibehaltung

der aktuellen Nachtflugregelung eine grundlegende Änderung des Angerlandvergleichs berücksichtigt“.

Das habe ich zwei- bis dreimal lesen müssen, aber nicht verstanden, was Sie damit eigentlich meinen. Das kann an mir liegen. Man muss wissen: Dieser Angerlandvergleich bezeichnet die gerichtlichen Vergleiche aus dem Jahr 1965, die 2002 erneuert wurden. Das wissen wir.

Ich frage mich, ob Sie tatsächlich nachgelesen haben, was in diesem Angerlandvergleich steht. Es gibt zwei wesentliche Kriterien: Das eine beschreibt das Nachtflugverbot, und das andere die Begrenzung der Nutzung der zweiten Start- und Landebahn, auch Nordbahn genannt, in Spitzenzeiten auf 50 % oder als Ersatz für die Hauptstartbahn, wenn diese nicht zur Verfügung steht.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Das möchten wir beibehalten!)

Das sind zwei wesentliche Punkte. In diesem Vergleich ist, wie ich finde, auch eine großzügige Regelung enthalten, denn 50 % der Betriebszeit bei entsprechenden Abwicklungsanforderungen sozusagen alternativ zu stellen, ist meiner Meinung nach eine formidable Regelung.

Der Angerlandvergleich hat eine sehr große Bedeutung, denn klar ist: Man kann ihn auch in laufenden Genehmigungsverfahren nicht irgendwie zur Disposition stellen; das geht überhaupt nicht. Die Leute genießen Vertrauensschutz, sie müssen sich darauf verlassen können.

Da können Sie mit einem Antrag nicht so tun und hier den Eindruck erwecken, man könnte diesen Angerlandvergleich zur Disposition stellen und damit einen Lösungsweg aufzeigen. Das ist wirklich abenteuerlich; das muss ich Ihnen noch einmal sagen.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Das haben Sie in Ihrem Antrag schlecht beschrieben. Das führt nur zu Irritationen vor Ort, weil es niemand versteht.

Deshalb halten wir als Zwischenfazit fest, liebe Kolleginnen und Kollegen: Sie proklamieren mehr Lärmschutz, Sie wollen mehr Flugverkehr und greifen auch noch den Angerlandvergleich an. Das ist purer Populismus; das sage ich Ihnen ausdrücklich. Das hat nichts mit Lösungen zu tun. Das ist die übliche Art und Weise, wie Sie hier politisch arbeiten. Das will ich Ihnen mal ganz deutlich sagen.

(Demonstrativer Beifall von Nic Peter Vogel [AfD])

Über einen kleinen Punkt kann man sicherlich reden, nämlich über die langen Genehmigungsverfahren. Ich glaube, da stellt sich die Regierung auch an. Fünf

Jahre sind ein ziemlich langer Zeitraum für den Luftfahrtstandort Nordrhein-Westfalen; das ist sicherlich kein gutes Beispiel.

Mein letzter Punkt: In dem Zusammenhang führen Sie Heathrow an und sagen, dass in Düsseldorf eine wunderbare Runway-Alternation-Struktur möglich sei.

Dem Flughafen Düsseldorf fehlt erstens die räumliche Kapazität für dieses Verfahren – eine Debatte erübrigt sich insofern, selbst wenn Sie sie führen wollten –, und zweitens fehlt das Baurecht; das muss man auch einmal deutlich sagen. Also so zu tun, als könnte uns das weiterhelfen, was die Londoner in dem Zusammenhang machen, halte ich für völlig abwegig.

Was bleibt? – Anwohner fühlen sich auf jeden Fall zumindest irritiert,

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist das System!)

denn wenn sie in Ihren Antrag schauen, lesen sie, dass Sie ihnen mehr Fluglärm – auch in der Luft – zumuten wollen.

Auch der Klimaschutz scheint Sie überhaupt nicht zu interessieren. Wir finden in Ihrem Antrag nämlich kein einziges Wort zu den CO₂-Problemen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Fliegen wird immer sauberer und immer leiser!)

Mit der vom Menschen verursachten Erderwärmung haben Sie sowieso Ihre Probleme, und wir wissen auch, dass Sie beim Thema „Klimawandel“ inhaltlich nicht wirklich weitergekommen sind.

Auch der Angerlandvergleich verkommt bei Ihnen zur disponiblen Masse; das will ich Ihnen mal so deutlich sagen. Das geht gar nicht.

In der Sache finden wir nichts wirklich Substantielles, was uns auch im Ausschuss nach vorne bringen könnte, denn klar ist: Wir wollen für den Flughafen Düsseldorf eine Wachstumskurve, aber die kriegen wir nur hin, wenn wir solide arbeiten, die Fakten zur Kenntnis nehmen und dann nach Lösungen suchen.

In diesem Sinne lade ich Sie dazu ein, mit uns im Fachausschuss entsprechend zu diskutieren, dafür zu werben und zu sorgen, dass der Flughafenstandort Düsseldorf eine gute Zukunft hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Löcker. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Abgeordneter Middeldorf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in dieser Legislaturperiode schon häufiger mit den großen Flughäfen in unserem Lande – auch mit Düsseldorf – befasst, und schon oft habe ich gesagt – deswegen will ich es an dieser Stelle noch einmal wiederholen –: Die FDP-Fraktion steht ohne Wenn und Aber zum Düsseldorfer Flughafen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Seine herausragende wirtschaftliche und verkehrspolitische Bedeutung ist völlig unbestritten: Er ist nicht nur ein zentrales Luftdrehkreuz mit einer Anbindung vieler internationaler Destinationen, sondern er hat natürlich auch eine wichtige Funktion – das ist schon angekommen – als Arbeitgeber und als Jobmotor in der Region.

Diese unmittelbaren, aber auch die mittelbaren ökonomischen Effekte machen den Düsseldorfer Flughafen zu einer der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen in unserem Land. Deswegen werden wir alles tun, um die Leistungsfähigkeit des Düsseldorfer Flughafens heute und in Zukunft sicherzustellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Der Flughafen liegt – auch das wissen wir – inmitten einer hochverdichteten Region. Das ist erst einmal gut, weil es bedeutet, dass es für viele Passagiere kurze Anreisewege gibt.

Es bedeutet aber zugleich – auch das muss man sagen – eine hohe Betroffenheit und viele negative Auswirkungen für die Anwohnerinnen und Anwohner im unmittelbaren Umfeld des Flughafens.

Viele Menschen wissen um die Bedeutung des Flughafens für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und der gesamten Region. Sie leben mit den unvermeidlichen Beeinträchtigungen, aber gleichzeitig in Kenntnis und in Abwägung dieser unterschiedlichen Interessen.

Unbestreitbar gibt es auch Anwohnerinnen und Anwohner, für die die Belastungen besonders groß sind; auch das gehört zur Wahrheit. Sie zu schützen, ist uns genauso wichtig wie die Stärkung des Flughafens selbst, meine Damen und Herren.

Aus Sicht der FDP-Fraktion wird dies am ehesten gelingen, wenn von allen Beteiligten, insbesondere aber auch vom Flughafen selbst und den Fluggesellschaften deutliche Anstrengungen unternommen werden, um die unzulässige oder auch nur die fahrlässige Ausnutzung von Sonderregelungen beim Nachtflugverbot weitgehend auszuschließen.

Wir wollen in diesem Sinne darauf hinwirken, dass der rechtliche Rahmen für die Spreizung lärmabhängiger Start- und Landeentgelte vollständig ausgeschöpft wird.

Ich sage genauso klar: Wir erwarten vom Flughafen Düsseldorf selbst einen aktiven Dialog im Umgang mit den berechtigten Interessen der betroffenen Bevölkerung.

An diesen Grundsätzen kommt auch der vonseiten des Flughafens gestellte Erweiterungsantrag nicht vorbei. Sein Ziel ist es, grundlegende Änderungen im Betrieb zu ermöglichen, und zwar vor allem eine Flexibilisierung der Nutzung der beiden Flugbahnen, die zu einer Steigerung der Kapazitäten in den Tageskernteilen führen soll.

Der Flughafen hat dazu – das ist schon erwähnt worden – im Jahr 2015 die erforderlichen Schritte durch die Beantragung des Planfeststellungsverfahrens eingeleitet.

Ein solches Planfeststellungsverfahren – das muss man hier mal sehr deutlich sagen – ist in seinem Ablauf gesetzlich klar definiert. Es sieht ein mehrstufiges Verfahren vor, in dem die Anhörung der Bürgerinnen und Bürger, der Verbände, unterschiedlicher Interessengruppen ein zentraler, gar elementarer Bestandteil des gesamten Verfahrens ist.

Gerade bei so sensiblen und weitreichenden Vorhaben wie einer Erweiterung des Flughafens ist aus unserer Sicht ein solcher Verfahrensschritt nicht nur formalrechtlich einzuhalten; er ist mit Blick auf die Mitwirkungsmöglichkeiten ein entscheidender Bestandteil eines sauberen und fairen Abwägungsprozesses zwischen unterschiedlichen Interessen, meine Damen und Herren.

Im Falle des vorliegenden Planfeststellungsverfahrens wurden über die Bezirksregierung Düsseldorf als Anhörungsbehörde über 40.000 Einwendungen erhoben. Dass eine intensive Auseinandersetzung mit jedem einzelnen dieser Einwände, dass eine systematische Auswertung und eine Berücksichtigung in diesem Abwägungsprozess nicht innerhalb weniger Wochen oder Monate zu leisten sein werden, sollte wohl jedem klar sein.

Von vergleichbaren Verfahren wissen wir, dass eine solide und rechtssichere Abarbeitung einer solch gewaltigen Anzahl etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen wird. Aber ich sage genauso klar: Das ist der Preis der Rechtsstaatlichkeit, den wir gerne zu zahlen bereit sind.

Sollte jetzt der Eindruck erweckt werden, wie das heute angekommen ist, als könne die Landesregierung durch politische Einflussnahme und nach Gutdünken eine Entscheidung herbeiführen, so will ich dieser Einschätzung in aller Form widersprechen.

Jeder Vorwurf der Zögerlichkeit verkennt den Umfang und die Qualität des hier vorzunehmenden förmlichen Verfahrens völlig. Was die Regelungen zum Lärmschutz angeht, gelten außerdem fachpla-

nerische Regelungen. Etwaige Entschädigungsfragen erfolgen außerhalb des Planfeststellungsverfahrens.

Im Übrigen obliegt es dem Flughafen selbst, im Rahmen einer Entgeltordnung Lärmklassen einzurichten und entsprechende Gebühren festzulegen. Die Genehmigungsbehörden haben in dieser Frage kein eigenes Gestaltungsrecht.

Die Landesregierung unternimmt bereits vielfältige Anstrengungen – das habe ich an anderer Stelle schon mal deutlich gemacht und gewürdigt –, um die Zahl der Flüge außerhalb der Kernzeiten systematisch zu reduzieren.

Auf dem letzten Luftverkehrsgipfel, bei dem unser Ministerpräsident selber mit dabei war, wurden unter Mitwirkung unserer Landesregierung zahlreiche Maßnahmen beschlossen, die auf eine Optimierung der Pünktlichkeit gerichtet sind. Auch das ist bei der Reduzierung der Nachtflüge das Kernanliegen.

Unser Verkehrsminister hat sich des Themas ebenfalls im engen Dialog mit den Fluggesellschaften angenommen. Diese Bemühungen, meine Damen und Herren, sollen im Mittelpunkt stehen. Wir unterstützen sie ausdrücklich.

Gerne vertiefen wir das Thema in den vorgesehenen Fachausschüssen: Verkehrsausschuss sowie Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung. Selbstverständlich stimmen wir einer Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Middeldorf. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Engstfeld das Wort. Bitte sehr.

Stefan Engstfeld (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wir von Bündnis 90/Die Grünen halten diesen Antrag, wie schon Kollege Olaf Lehne von der CDU-Fraktion ausgeführt hat, für überflüssig. Aber er gibt uns noch mal Gelegenheit, aus grüner Sicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen zum Düsseldorfer Flughafen zu machen.

Wir sind uns der Bedeutung des Flughafens Düsseldorfs als Standortfaktor für die Region und das Land Nordrhein-Westfalen sowie seines Stellenwerts zur Sicherstellung von Mobilitätsbedürfnissen der in der Region und im Lande lebenden und arbeitenden Menschen und Unternehmen natürlich bewusst.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens ist unbestritten. Deshalb wollen wir, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Wir haben beim Düsseldorfer Flughafen aber das Problem, dass sein größter Vorteil, der Standortfaktor – er ist ein Stadtflughafen –, auch sein größter Nachteil ist. Es ist natürlich schön, wenn man in einer Viertelstunde oder in 20 Minuten vom Flughafen Düsseldorf in die Innenstadt fahren kann. Er liegt aber nicht auf der grünen Wiese und kann daher auch nicht wie auf einer grünen Wiese wachsen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Richtig!)

Er ist einfach beschränkt, und es gibt einfach Rahmenbedingungen, die diese Beschränkungen herbeiführen. Deswegen wird der Düsseldorfer Flughafen nie wie der Frankfurter Flughafen, wie Amsterdam-Schiphol oder wie London-Heathrow sein.

Er ist ein Stadtflughafen und liegt in einer dicht besiedelten Region, sodass der Betrieb mit erheblichen Belastungen für seine Umgebung verbunden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen kann die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens nicht alleiniger Maßstab der Politik sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Für uns ist völlig klar, dass das Problematische am Düsseldorfer Flughafen neben seiner Lage natürlich auch die Verspätungen in der Nacht sind. Hier muss eindeutig mehr getan werden, um die Verspätungen auf ein Minimum zu begrenzen.

In unserem Antrag, zu dem wir eine Anhörung hatten und der leider im Juni im Verkehrsausschuss abgelehnt wurde, haben wir Möglichkeiten aufgezeigt und Vorschläge zur Wiederherstellung der Nachtruhe, die derzeit nicht vorhanden ist, unterbreitet.

Beispielgebend dafür sind die Flughäfen Hamburg und Frankfurt, die Verletzungen der Nachtruhe durch empfindlich höhere Lärmzuschläge und eine Reihe von weiteren Maßnahmen – zum Beispiel Gewinnabschöpfung, Einforderung schriftlicher Berichte der Piloten oder des verantwortlichen Betriebsleiters, Einbestellung der betroffenen Luftfahrtgesellschaften etc. – deutlich strenger ahnden als der Flughafen Düsseldorf. Hier besteht eindeutig Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, liebe AfD-Fraktion, für uns ist klar: Der Angerlandvergleich steht nicht zur Disposition. Ich würde auch jedem davon abraten, daran zu gehen oder an diesem Angerlandvergleich herumzudoktern.

Ich sage Ihnen: Sie werden keine bessere Lösung herbeiführen oder finden als diesen Angerlandvergleich. Das ist das Beste, das es gibt. Das ist das Beste für Düsseldorf, für den Flughafen und für alle in der Region – für Essen, für Duisburg, für Meerbusch, für Ratingen. Das ist das Beste, was wir haben. Lassen Sie deswegen bitte die Finger vom Angerlandvergleich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir sind – das ist kein Geheimnis, das haben wir auch im Plenum schon mehrfach gesagt – gegen die geplante Kapazitätserweiterung des Düsseldorfer Flughafens. Mehr Flüge bedeuten mehr Lärm und Abgase. In unserem dicht besiedelten Gebiet, in unserer Region führt das zu einer weiteren für uns nicht hinnehmbaren Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner.

Angesichts des bereits heute bestehenden Ausmaßes der Belastungen fühlen wir uns auf jeden Fall verpflichtet, dem Schutzbedürfnis der Menschen und ihrer Gesundheit sowie dem Schutz der Nachtruhe Geltung zu verschaffen. Das spricht natürlich eindeutig gegen eine geplante Kapazitätserweiterung.

Fliegen ist die klimaschädlichste Art der Fortbewegung – ich glaube, das ist unstrittig.

(Zuruf von der FDP)

Wir unterstützen natürlich jede Maßnahme, die das ändert.

Gerade in Bezug auf Slots bin ich sehr gespannt, Herr Vogel, wie wir in fünf bis sechs Jahren de facto mit Inlandsflügen in einem Radius vom 400 bis 600 km umgehen.

Es kann sein, dass wir zu neuen Wegen und Regelungen gelangen, sodass einige Slots wieder frei werden und dadurch eine gewisse regulatorische Wirkung eintritt. Wir würden uns sehr freuen, wenn Fortschritte erzielt würden und es eine klare Regelung für Inlandsflüge gäbe.

Ich habe es teilweise selber bei Ausschusstreisen erlebt: Da fliegt man nach Schanghai, und die Kolleginnen und Kollegen nehmen Flüge von Düsseldorf nach Frankfurt; ich fahre ICE. Man fragt sich dann schon: Muss das in unserer heutigen Zeit wirklich sein? – Nein, das muss es nicht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Genau!)

Ich würde mich sehr freuen, wenn das geändert würde und sich auch die Einstellung einiger Kolleginnen und Kollegen im Parlament ändern würde.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Natürlich stimmen wir der Überweisung in den Fachausschuss zu.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Engstfeld. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Wüst das Wort. Bitte sehr.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ist sich der Bedeutung des Flughafens Düsseldorf bewusst. Ich bin froh, dass ich keinen

Zweifel daran haben muss, dass das bei den Fraktionen hier im Parlament ebenfalls so ist. Ich erlaube mir aber auch die Anmerkung, dass ich nicht glaube, dass es dazu eines extra Antrages bedurft hätte.

Grundsätzlich ist zum Flugbetrieb in Düsseldorf festzustellen, dass er auf einer geltenden bestandskräftigen Betriebsgenehmigung basiert. Alle hierzu ergangenen Urteile sind rechtskräftig. Der Flugbetrieb ist also rechtlich in keiner Weise zu beanstanden.

Darunter fallen im Übrigen auch die Regeln für verspätete Landungen in den Abendstunden. Auch diese sind rechtlich – so, wie sie stattfinden – nicht zu beanstanden, wenngleich jeder hier und heute in der Debatte unterstrichen hat – das ist auch gut so –, dass man die Verärgerung und die Beeinträchtigungen der Anwohnerinnen und Anwohner sehr gut nachvollziehen kann.

Flugverspätungen will niemand – nicht die Landesregierung, nicht die Fluggesellschaften, nicht die Passagiere und natürlich auch nicht die betroffenen Anwohner in der Nachbarschaft, deren Recht auf erholsamen Schlaf und Nachtruhe ich ausdrücklich unterstreichen will. Aber auch das ist eigentlich Stehsatz in diesen Debatten; darüber hätten wir nicht noch einmal diskutieren müssen.

Die Landesregierung beobachtet die Zahl der Landungen nach 23 Uhr sehr genau. Ich will Sie daran erinnern, dass es zwei große hochrangig besetzte Luftverkehrsgipfel gegeben hat – einen im Oktober 2018 und einen im März dieses Jahres.

Die Teilnehmer waren Luftverkehrsgesellschaften, Vertreter der Flughäfen, Verbände und Vertreter der EU, des Bundes und der Länder. Auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen war vertreten. Ich selbst habe bereits im vergangenen Jahr Gespräche mit Vertretern der am Flughafen Düsseldorf stark vertretenen Airlines geführt.

Das Ergebnis all dieser Gespräche, Treffen und Gipfel war ein ganzes Paket an Maßnahmen für mehr Zuverlässigkeit – manches kurz-, manches mittel- und manches langfristig, zugestanden. Wenn wir uns die aktuellen Zahlen aber noch einmal zu Gemüte führen, kann keiner bestreiten, dass die ersten Maßnahmen wirken.

Im Zeitraum von Januar bis August dieses Jahres ist die Zahl der Landungen nach 23 Uhr von knapp 1.700 auf etwas über 1.000 Landungen deutlich zurückgegangen. Das sind gut 600 verspätete Flüge weniger. Einen solch starken Rückgang hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben.

Deshalb noch einmal: Die Landesregierung nimmt das Thema „verspätete Landung“ nicht hin; wir tun etwas dagegen.

Auch bei diesem Thema liegen die Lösungen allerdings nicht ausschließlich in der Regulatorik, sondern daneben eben auch in Innovationen. Deshalb will ich gerne noch einmal ausführen, dass wir unlängst mit der Zusage von 4 Millionen Euro Fördermittel in die Investitionen am Flugplatz Merzbrück zur Erforschung des geräuscharmen Startens und Landens die Voraussetzungen dafür geschaffen haben.

4 Millionen Euro finde ich gut angelegtes Geld, um den Widerspruch zwischen den berechtigten Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner und unser aller Interesse nach Mobilität aufzulösen. Auch darin liegt eine Lösung der beschriebenen Probleme.

Wir fördern das gerne, und wir hoffen, dass wir da sehr schnell Erfolge zeigen – nicht nur im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner der Flugplätze, sondern auch im Sinne von Innovation und Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und wenn es dann gleich kommt: ein schönes Wochenende.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Für die Fraktion der AfD hat Herr Abgeordneter Strotebeck das Wort. Bitte sehr.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Ich wiederhole es gerne: Der Flughafen Düsseldorf ist unser Tor zur Welt.

Ab 2020 wird das Tor noch etwas größer, denn dann können Sie von Düsseldorf aus dreimal pro Woche direkt nach Tel Aviv fliegen. Tel Aviv ist die zweitgrößte Stadt Israels, das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum des Landes und daher für deutsche Unternehmen und Touristen von Bedeutung.

Weniger erfreulich ist der ifo-Geschäftsklimaindex. Dieser sackte im August bereits den fünften Monat in Folge ab. Die Anzeichen für eine Rezession verdichten sich. Wir als Politiker haben für eine verlässliche Wirtschafts- und damit auch Einkommensbasis für die Bürger in unserem schönen Lande zu sorgen. Daher ist unser Antrag auch ein Entfesselungspaket für den Düsseldorfer Flughafen.

(Beifall von der AfD)

Laut einer aufschlussreichen Studie der IHK zur Bedeutung des Düsseldorfer Flughafens für die regionale Wirtschaft reichen die positiven Einflüsse auf die Wirtschaft und die Vielzahl der Arbeitsplätze weit in das Land Nordrhein-Westfalen hinein.

Unser Flughafen als größter Arbeitgeber der Landeshauptstadt ist ein Garant für positive Auswirkungen,

zum Beispiel durch die über 20.000 Arbeitsplätze direkt am Flughafen, die weit über 50.000 Arbeitsplätze in der Region und die Sicherheit, dass jeweils eine Million Fluggäste einen Zuwachs von 3.300 direkten und indirekten Arbeitsplätzen bedeuten. Laut einer Potenzialanalyse sind bis 2030 bei zusätzlich möglichen 16 Millionen Passagieren ungefähr weitere 53.000 Arbeitsplätze in der Region zu erwarten.

Die Flughafen Düsseldorf GmbH, also die FDG, zahlt von ihrem Jahresüberschuss von über 57 Millionen Euro insgesamt 44 Millionen Euro an die Gesellschafter, davon 22 Millionen Euro alleine an die Landeshauptstadt. Das Steueraufkommen der GmbH lag 2018 bei über 26 Millionen Euro. Das sind sichere und steigerungsfähige Einnahmen.

Erwähnt werden muss auch die Bedeutung des drittgrößten Flughafens in Deutschland als einziger NRW-Flughafen mit nennenswerten Langstreckenverbindungen: auf den amerikanischen Kontinent, in die Karibik und nach Asien.

Wenn Sie sich sachlich mit den von meinem Kollegen und mir vorgetragenen Argumenten befassen, ist es leicht für Sie nachzuvollziehen, welchen wirtschaftlichen Schaden das Land Nordrhein-Westfalen durch die lange Bearbeitungszeit der Planfeststellungsbehörde über den Antrag der FDG auf Änderung der Betriebsgenehmigung beim Verkehrsministerium von mindestens fünf Jahren hinnehmen muss.

Wir sollten nicht erst bis zur nächsten Landtagswahl warten. In der aktuellen Sommersaison konnten zum Beispiel lediglich 82 % der nachgefragten Slots genehmigt werden.

Die beantragte neue Betriebsgenehmigung erlaubt eine Anpassung der Nachfrage und eröffnet damit die Möglichkeit für die Flughafengesellschaft, sich in dem wachsenden Markt zukunftsfähig zu positionieren. So kann unser Tor zur Welt auch weiterhin ein Garant für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sein.

Ich freue mich mit meinem Kollegen auf die Diskussion in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind und zur Abstimmung kommen können über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns empfiehlt, den **Antrag** mit der **Drucksache 17/7363** an den **Verkehrsausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lan-**

desplanung zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

4 Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet brauchen eine bedeutende Immobilienmesse

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7362

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Abgeordneten Beckamp das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Roger Beckamp (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist bald wieder soweit: 7. Oktober, die EXPO REAL in München öffnet ihre Tore. Drei Tage lang wird alles, was in der Immobilienbranche in Deutschland, aber auch darüber hinaus, Rang und Namen hat, vor Ort sein.

Ich selbst war vor über zehn Jahren das erste Mal da, seitdem fünf-, sechsmal, auch letztes Jahr. Dort habe ich den einen oder anderen von Ihnen gesehen. Da waren einige aus der Landespolitik, viele aus der Bundespolitik und insbesondere auch aus der Kommunalpolitik vor Ort.

Ebenso waren die Messestände aus unserem Land zahlreich. Oberbürgermeister, Städte, Regionen – alle waren vertreten. Es gab viele Gespräche an den Ständen, abends beim Bier, bei einem Bier, bei vielen Bieren zahlreiche gute Dinge getan.

Es gibt dort zahlreiche Fachgespräche und Diskussionsrunden. Diese Messe hat in jeder Hinsicht viel zu bieten. Genau das ist der Punkt.

Die Vielzahl der nordrhein-westfälischen Aussteller, die auch in diesem Jahr wieder in München sein werden, macht deutlich, welche Bedeutung dem Standort NRW selber als Immobilienstandort zukommt, trotz des immer noch zu bewältigenden Strukturwandels. Dieser stellt einerseits eine große Not dar, bietet andererseits aber auch ein großes Chancentableau und Investitionsmöglichkeiten in Hülle und Fülle.

Deshalb haben nicht wir, sondern die Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets treffend festgestellt, dass eine international bedeutsame Immobilienmesse, eine Fachmesse, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen könnte. Ich zitiere:

„Das Ruhrgebiet könnte sich mit seinen Messestandorten als preisgünstigere und zentralere Alternative anbieten und so vielen Kommunen mit angespannter Haushaltslage helfen.“

Ruhrgebiet, NRW – besser als München. Genauso ist es.

Ja, wir sind sicher preisgünstiger bei Hotelübernachtungen. Ja, wir liegen in der Mitte Deutschlands, wir haben Flughafenverbindungen, wir haben hervorragende IC-Anbindungen. Die Ruhrgebietsstädte würden den wirtschaftlichen Impuls einer solchen Messe sicherlich gut nützen können, und sie verfügen auch über entsprechende Erfahrungen, Beispiel Dortmund, Essen.

Auch thematisch hat NRW einiges zu bieten: mit Blick auf Baulandbereitstellung im Bereich Bahnhalteteppunkte allein 3.000 ha. Das alleine wäre schon eine Investorenmesse wert.

Wir können solche Messen im Land gestalten. Die IHKs haben das Thema aufgegriffen; wir führen es fort. Insofern nehmen Sie den Vorschlag doch gerne auf. Sagen Sie „ja“ zur Wirtschaft im Land.

Ich vermute, Sie werden mir gleich erklären, dass das alles nicht geht, weil der Antrag von der AfD ist, weil er menschenfeindlich, handwerklich schlecht gemacht, sexistisch, islamophob ist.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Ich bin gespannt, woran Sie das bei diesem Antrag festmachen – ich freue mich drauf – oder was Sie sonst nach Tageslaune dagegen zu sagen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beckamp. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Hausmann das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Wilhelm Hausmann* (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt auf der Liste der agenda.RUHR einige gute Ideen. Dazu gehört es auch, Schlüssevents ins Ruhrgebiet zu bekommen. Das ist für uns als Ruhrgebietler natürlich sehr herzerwärmend.

Auf der agenda.RUHR-Liste findet sich zum Beispiel auch, dass international bedeutsame Messen angeworben werden sollen. Es gehört aber auch dazu, dass die Austragung der Olympischen Spiele 2032 angestrebt wird oder dass die Internationale Gartenausstellung 2027 ins Ruhrgebiet und damit ins Herz von Nordrhein-Westfalen kommen könnte.